

Antworten der CDU Hessen auf die Wahlprüfsteine der Vereinigung Ökologischer Landbau in Hessen e.V.

Einleitende Bemerkung:

Unsere Beantwortung steht unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung über das Programm zur Landtagswahl durch den Landesparteitag der CDU Hessen, die erst nach Ablauf der für die Beantwortung gesetzten Frist erfolgen wird. Die Beantwortung stellt mithin die allgemeine Positionierung der CDU Hessen dar und bezieht sich nicht auf etwaige Positionen für den Landtagswahlkampf.

1. Bitte führen Sie aus, welchen Stellenwert der Ökolandbau für Ihre Partei hat und welches Ökolandbau-Flächenziel sich Ihre Partei für 2025 bzw. 2030 steckt?

Die CDU Hessen steht zur familiengeprägten, bäuerlichen Landwirtschaft in Hessen. Die Landwirtschaft verdient unsere größte Wertschätzung. Sie arbeitet nach höchsten internationalen Standards, produziert hochwertige regionale Lebensmittel, prägt die Kulturlandschaft und trägt entscheidend zu Umwelt-, Arten- sowie Klimaschutz und Landschaftspflege bei. Ökologisch wirtschaftende Betriebe betrachten wir dabei als einen wichtigen Teil der mittelständischen, familienbetriebenen, bäuerlichen Landwirtschaft in Hessen.

Konventionelle und ökologische Landwirtschaft sind nach unserer Überzeugung gleichwertig und erfahren gleichermaßen unsere Unterstützung. Wir setzen auf eine freie und marktgerechte Entscheidung der Betriebe.

Eine besondere Förderung der ökologischen Landwirtschaft ist für uns dort gerechtfertigt, wo Mehraufwendungen zum konkreten Schutz von Umwelt-, Arten-, Boden- oder Wasserschutz getätigt werden. Unter der CDU-geführten Landesregierung wird diese besondere Förderung seit vielen Jahren verlässlich und mit im bundesweiten Vergleich sehr hohen Fördersätzen dargestellt.

In den vergangenen Jahren haben sich in Hessen viele Betriebe für eine Produktion nach ökologischen Standards entschieden. Der ökologisch bewirtschaftete Anteil der Fläche liegt in Hessen in der Spitze der deutschen Länder. Dieser Prozess zeugt davon, dass die CDU-geführte Landesregierung gute politische Rahmenbedingungen für ökologische Erzeuger geschaffen hat. Diese wollen wir auch in Zukunft erhalten.

Da sich der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen auf Grundlage der freien Entscheidung der Landwirte ergibt, halten wir ein vorgegebenes Flächenziel künftig für entbehrlich.

2. Bitte erläutern Sie, wie Ihre Partei die Rahmenbedingungen gestalten möchte und welche Anreize Sie konkret setzen wird, damit das unter 1. benannte Flächenziel erreicht werden kann?

Wie dargestellt werden wir auch weiterhin gute politische Rahmenbedingungen für ökologisch wirtschaftende Betriebe in Hessen schaffen. So werden wir unter anderem weiterhin bundesweit wettbewerbsfähige Fördersätze für die Umstellungs- wie für die Beibehaltungsförderung anbieten, um die konkreten Mehraufwendungen ökologischer Betriebe marktgerecht auszugleichen.

Die CDU-geführte Landesregierung hat viele weitere Maßnahmen zur Stärkung der regionalen und ökologischen Landwirtschaft umgesetzt. Dies beginnt mit einer stärkeren Einbindung in der landwirtschaftlichen Ausbildung und setzt sich in vielfältigen Initiativen zur Stärkung der regionalen und ökologischen Vermarktung fort. Damit wollen wir echte

Wahlfreiheit durch gute Informationen und faire Vermarktungschancen schaffen.

Diesen Weg werden wir weiter beschreiten und damit weiterhin gute Rahmenbedingungen bieten innerhalb deren sich Landwirte für eine ökologische Produktionsweise entscheiden können.

- 3. Bitte beschreiben Sie, wie Ihre Partei den Absatz von hessischen Biolebensmitteln im Land fördern will. Welche Maßnahmen planen Sie, um insbesondere den regionalen Absatz von Biolebensmitteln zu stärken?**
- 4. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die regionalen Wertschöpfungsketten in Hessen zu stärken? (Beispiele zum Thema „Stärkung des regionalen Handwerks im Bereich der Lebensmittelverarbeitung“ sind erwünscht)**
- 5. Welche Rolle soll den Ökomodellregionen zukünftig zukommen? Wird eine Evaluation der bisherigen Tätigkeit der Ökomodellregionen stattfinden?**

Die Fragen 3 bis 5 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Als CDU Hessen wollen wir Landwirte bei der regionalen Vermarktung ihrer Produkte unterstützen, um ihnen bestmögliche Wertschöpfung zu ermöglichen. Dies gelingt am besten, wenn ein direkter Bezug vom Erzeuger zum Endverbraucher besteht. Menschen, Produkte und Geschichten stehen hinter der Vielfalt der hessischen Lebensmittel und Spezialitäten. Wir möchten, dass die Verbraucher beim Einkauf gezielt zu Produkten aus dem Land greifen, weil sie damit mehr kaufen als einen Apfel oder ein Stück Fleisch. Hessenweit ist eine stärkere und identitätsstiftende Vermarktung erforderlich. Dazu starten wir eine Kampagne „Natürlich von hier“.

Wir haben ganz Hessen zur Ökomodellregion gemacht. Mit vielen konkreten Maßnahmen und Projekten wird so der regionale Absatz gestärkt. Das kommt den Landwirten unmittelbar zugute. Diese Strukturen werden wir zu

einer „Regio-Modellregion“ weiterentwickeln, indem wir die gesamte regionale Erzeugung noch besser einbinden und die Angebote verbreitern.

Die Marketing-Gesellschaft „GUTES AUS HESSEN“ werden wir zu einer Dachmarke der regionalen Vermarktungslinien weiterentwickeln. Wir werden Kooperationen stärken und die Chancen regionaler Vermarktung unter Einbindung privater Partner und des Lebensmitteleinzelhandels noch besser nutzen.

Wichtig sind dafür auch geschlossene regionale Wertschöpfungsketten. Damit diese erhalten bleiben können, setzen wir uns für eine dezentrale Versorgung mit den notwendigen Verarbeitungsbetrieben und mehr mittelständisches Lebensmittelhandwerk ein. Die Möglichkeiten der Marktstrukturförderung werden wir nutzen. In der vergangenen Förderperiode haben wir hierfür fast 30 Millionen Euro investiert. Insbesondere wollen wir regional erreichbare Molkereibetriebe und Mühlen sicherstellen und die regionale Fleischverarbeitung – z.B. bei Hausschlachtungen, in kleinen Metzgereien und Schlachthöfen und durch neue Methoden wie die Weideschlachtung – erleichtern.

6. Durch welche konkreten Maßnahmen werden Sie die Verbände des Ökologischen Landbaus bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der hessischen Agrar- und Ernährungspolitik einbinden bzw. deren Einbezug sicherstellen?

Die CDU-geführte Landesregierung hat stets den intensiven Dialog mit den Landwirten gesucht. Der „Zukunftspakt Hessische Landwirtschaft“ und die „Kooperationsvereinbarung Landwirtschaft und Naturschutz“ sind sichtbare Zeugnisse des sehr dialogorientierten Ansatzes. Diese gemeinsam verabredeten Beschlüsse bleiben daher Grundlage für unsere Agrarpolitik.

Wir setzen dabei darauf, dass die vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft für unsere Natur und Umwelt weiterhin primär freiwillig über Kooperationsmodelle und Vertragsnaturschutz vorangetrieben werden. Pauschale ordnungsrechtliche Vorgaben oder gar staatlich angeordnete

Flächenstilllegungen lehnen wir ab. Wo andere staatliche Ebenen die Nutzung von Flächen einschränken, braucht es einen fair berechneten Erschwernisausgleich.

Durch Gespräche und den Ausgleich verschiedener Interessen wollen wir auch künftig verlässliche Rahmenbedingungen und praxistaugliche Regelungen für die Bäuerinnen und Bauern schaffen. Wir werden diesen Dialog mit der Landwirtschaft und anderen Akteuren über die relevanten Fragen der Steigerung der Rolle und Akzeptanz der Landwirtschaft für Umwelt und Natur und den Bürokratieabbau fortsetzen. Um der Bedeutung der Bewirtschaftung unserer natürlichen Lebensgrundlagen Nachdruck zu verleihen, wollen wir zudem ein eigenständiges Ministerium für Land- und Forstwirtschaft schaffen.

Um gleichberechtigte Beteiligungsmöglichkeiten an zentralen Planungsprozessen und Vorhaben zu schaffen, werden wir die zentralen Landnutzungsverbände mit den gleichen Rechten und Pflichten ausstatten, wie sie die gesetzlich anerkannten Naturschutzverbände haben. Wir werden prüfen, ob dafür ein eigenständiges Landwirtschaftsgesetz zielführend ist.

7. Welche Weiterbildungsmöglichkeiten planen Sie für Lehrkräfte an Grund- und weiterführenden Schulen zum Thema „Agrarökologische Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln“?

Als CDU Hessen setzen wir uns insgesamt für ein Update der Lehrinhalte ein, um in Zukunft noch mehr praktische Lebenskompetenzen in der Schule zu vermitteln. Junge Menschen müssen frühzeitig lernen, wie man Verträge abschließt, für das Alter vorsorgt, sich gesund ernährt oder mit Fake-News im Internet umgeht.

Dafür wollen wir sachgemäße und fundierte Informationen über die Landwirtschaft und die Erzeugung regionaler Lebensmittel stärker in Kitas und Schulen verankern. Gerade im Rahmen des integrierten Klimaschutzplans hat die CDU-geführte Landesregierung hier bereits

vielfältige Maßnahmen initiiert und umgesetzt. So wurde unter anderem im Rahmen der Hessischen Ernährungsstrategie ein eigenes Kapitel „Ernährungsbildung verbessern“ implementiert, um einen ganzheitlichen und strategischen Ansatz umzusetzen.

Im Rahmen des vom Hessischen Landfrauenverband getragenen Projekts „Klimabewusste Ernährungsbildung“ werden unter anderem der „Ernährungsführerschein“ in der Grundschule und die „Werkstatt Ernährung“ in Klasse 5/6 implementiert. Auch Kinderkochkurse werden angeboten. Daran schließt das Projekt der Verbraucherzentrale „Klimabewusst Essen in der Schule“ an, bei dem unter anderem Lehrkräfte mit Unterrichtsmaterialien unterstützt werden, um Ernährungsbildung sachgerecht und pädagogisch im Unterricht zu verankern. Dabei wird auch die Ernährung in den Schulen selbst in den Blick genommen.

Uns als CDU Hessen ist zudem wichtig, einen direkten Kontakt von Schülern mit landwirtschaftlichen Erzeugern und damit mit der Praxis zu ermöglichen. Erfolgreiche Projekte wie der „Tag des offenen Hofes“, das „Bauernhof als Klassenzimmer“ oder „Urlaub auf dem Bauernhof“ werden wir fortsetzen. Dort lernen Kinder aus erster Hand, wie Lebensmittel produziert werden und welche Vorteile eine regionale Produktion hat.

Damit wollen wir auch zur gesellschaftlichen Akzeptanz und Anerkennung der Arbeit der Bäuerinnen und Bauern beitragen und den Berufsstand in Land- und Forstwirtschaft stärken. Denn die Landwirtschaft steht in der Mitte der Gesellschaft.

8. Wird sich Ihre Partei für eine stärkere ökologische Ausrichtung der landwirtschaftlichen Ausbildung in den hessischen Berufs- und Fachschulen einsetzen?

Wir wollen dafür werben, dass der Beruf des Landwirts weiterhin attraktiv bleibt und Junglandwirte besonders unterstützen. Dazu stärken wir die landwirtschaftliche Ausbildung, erhalten die dezentrale überbetriebliche

Ausbildung und bauen den Studiengang Agrarwissenschaften praxisorientiert aus.

Die CDU-geführte Landesregierung hat die ökologische Erzeugung in der landwirtschaftlichen Ausbildung bereits deutlich gestärkt und sowohl fächerübergreifend als auch mit einem eigenen Lehrmodul verankert. Damit werden angehende Junglandwirte umfassend und sachgerecht über ökologische Produktionsmethoden informiert.

9. Die Weidehaltung ist eine zentrale Säule der artgerechten Haltung von Rindern, Schafen und Ziegen im Öko-Landbau. Seit einigen Jahren erschwert das Aufkommen von Wölfen diese Haltungsform für hessische Bäuer*innen. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei um Weidetierhalter*innen zu unterstützen?

Die Weidetiere und dabei vor allem die Schaf- und Ziegenhaltung in Hessen ist für viele Regionen kulturprägend. Sie steht unter hohem wirtschaftlichem Druck und wird durch die Ausbreitung des Wolfes zusätzlich bedroht.

Insbesondere Halter von Schafen und Ziegen, aber auch von anderen Weidetieren bedürfen einer besonderen Unterstützung. Mit der Weidetierprämie, die die CDU-geführte Landesregierung als Vorreiter eingeführt hat, und weiteren Maßnahmen haben wir bereits Schritte zur Stabilisierung der Situation umgesetzt. Darüber hinaus bedarf es einer guten finanziellen Würdigung der Naturschutzmaßnahmen der Weidetiere – besonders für die Freihaltung des Offenlandes – im Rahmen von Vertragsnaturschutzmaßnahmen. Diesen Weg wollen wir im Dialog fortsetzen und dabei die Honorierung der Umweltleistungen und die regionale Vermarktung der Produkte besonders in den Fokus nehmen.

Die Rückkehr des Wolfes stellt diese Praxis vor enorme Herausforderungen. Es ist daher aus Sicht der CDU Hessen notwendig, für zurückkehrende oder neu angesiedelte Tierarten besondere Verantwortung zu übernehmen.

Insbesondere bei Schäden durch Wolf und Luchs setzen wir uns dafür ein, die Entschädigungsregeln praxistauglicher auszugestalten und die Beweislast umzukehren. Die Schadensprävention werden wir stärken, indem wir unter anderem in ganz Hessen den besonderen Wolfsschutz von Weidetierhaltern mit einer 100%-Förderung unterstützen.

Für uns ist aber auch klar: Der Wolf ist in Deutschland inzwischen angesiedelt und keine gefährdete Art mehr. Für eine Koexistenz und die Akzeptanz der Bevölkerung ist es erforderlich, Menschen und Weidetiere wirksam vor Übergriffen zu schützen. Wir setzen uns daher beim Bund dafür ein, dass dieser endlich die rechtlichen Voraussetzungen für ein aktives Bestandsmanagement der Wolfsvorkommen ermöglicht und damit den Weidetierschutz deutlich verbessert. Dafür muss der Bund endlich beantragen, den Wolf in Anhang V der FFH-Richtlinie zu überführen. Sobald der Bund die nötigen rechtlichen Grundlagen geschaffen hat, werden wir den Wolf in das Jagdrecht übernehmen und eine aktive Bestandsregulierung ermöglichen. Die bisher durch das Naturschutzrecht eng begrenzten Möglichkeiten zur Entnahme einzelner Problemtiere werden wir nutzen, um Menschen und Weidetiere besser vor Übergriffen zu schützen.

10. Wie steht Ihre Partei zum Thema „Gentechnik“? Welche Regelungen sollten insbesondere für die neuen Gentechniken (z.B. CRISPR/Cas) gelten?

Artenübergreifende transgen-veränderte Organismen haben auf Hessens Feldern nichts verloren. Weder auf Seiten der Erzeuger noch auf Seiten der Verbraucher gibt es eine Akzeptanz für den wirtschaftlichen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen. Einen solchen wir daher ab.

Für uns ist klar, dass durch „genome editing“ und neue Züchtungsmethoden wie CRISPR/CAS gezüchtete Pflanzen nicht mit gentechnisch veränderten Organismen gleichgesetzt werden dürfen. Mit solchen Züchtungsmethoden, die sich von klassischen Züchtungsmethoden nur dadurch unterscheiden, dass die Züchtungsvorteile schneller und zielgenauer erreicht werden

können, während in der Pflanze selbst kein Nachweis einer gentechnischen Veränderung verbleibt und keine artenübergreifenden Veränderungen vorgenommen werden, sind große Chancen verbunden. Mehr Pflanzengesundheit, mehr Ertrag und mehr Ernährungssicherheit für eine wachsende Weltbevölkerung gehören auch zu unserer Verantwortung – nicht nur gegenüber unseren Landwirten in Hessen, sondern auch gegenüber einer Welt, in der immer noch Millionen Menschen Hunger leiden.

Wir setzen uns daher in der aktuell auf europäischer Ebene geführten Debatte für eine schnelle, nachvollziehbare, ideologiefreie und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Abgrenzung ein.

11. Wird Ihre Partei das ökologische Versuchswesen und das Beratungsteam „Ökologischer Landbau“ des LLH unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Flächenziele weiter stärken?

Der Landesbetrieb Landwirtschaft leistet hervorragende Arbeit in der Beratung und Unterstützung unserer Bäuerinnen und Bauern in Hessen. Diese gute Arbeit werden wir weiter ausbauen. Allen Landwirten wird ideologiefreie und fachkundige Beratung zu den agrarpolitischen Herausforderungen der Zukunft angeboten.

Die CDU-geführte Landesregierung hat dabei in den vergangenen Jahren sowohl in der Beratung als auch im Forschungsbereich stets den ökologischen Landbau besonders im Blick gehabt. In beiden Handlungsbereichen übersteigt der für ökologische Vorhaben reservierte Anteil den derzeitigen Anteil ökologisch wirtschaftender Betriebe. Eine weitere Stärkung dieses Bereichs würde zu Lasten der Forschungs- und Beratungsqualität für alle landwirtschaftlichen Betriebe gehen. Das halten wir derzeit nicht für angezeigt.

12. Plant Ihre Partei die Einführung einer Existenzgründungsprämie für Landwirt*innen in Hessen? Gibt es weitere Vorhaben Ihrer Partei, um auch den Generationenwechsel auf den Betrieben zu unterstützen?

Wir wollen dafür werben, dass der Beruf des Landwirts weiterhin attraktiv bleibt und Junglandwirte besonders unterstützen. Hofübergaben und Existenzgründungen sind ein wesentlicher Faktor für den Erhalt der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur in Hessen.

Die Junglandwirteprämie ist zudem ein wichtiger Betrag, um junge Bäuerinnen und Bauern in der Phase der Existenzgründung oder nach der Hofübernahme bei den besonderen Herausforderungen zu unterstützen. Hierfür werden jährlich in Hessen rund drei Millionen Euro ausgezahlt. Die CDU-geführte Landesregierung hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, diese Prämie ab 2023 für maximal 120 Hektar auf 77 Euro/Hektar signifikant zu erhöhen. Auch in Zukunft wollen wir in der kommenden Förderperiode die Möglichkeiten des europäischen Agrarrechts ausreizen, um gute Anreize zu schaffen.

Neben der Junglandwirteprämie kann auch eine Beihilfe in Form einer Niederlassungs- und Existenzgründungsprämie hilfreich sein. Wir haben uns daher im Rahmen der Umsetzung der GAP ab 2023 dafür eingesetzt, einen Fördergrundsatz für eine Niederlassungs- bzw. Existenzgründungsbeihilfe für Junglandwirtinnen und Junglandwirte im Rahmenplan der GAK zu schaffen. Es ist erfreulich, dass der Bund dieser Forderung gefolgt ist und eine entsprechende Möglichkeit im GAK-Rahmenplan geschaffen hat. Damit ist der Weg frei, um auch in Hessen ein entsprechendes Angebot an existenzgründende Junglandwirte machen zu können.

13. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um den Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr in Hessen zu senken? Welche Ziele setzt sich Ihre Partei diesbezüglich bis 2025 bzw. 2030?

Die CDU-geführte Landesregierung hat im Landesentwicklungsplan das Ziel festgeschrieben, maximal 2,5 ha pro Tag Flächenverbrauch für

Infrastrukturmaßnahmen zuzulassen. Dieses Prinzip ist damit Grundlage aller landesplanerischen Entscheidungen. Dies ermöglicht eine Steuerung durch die Regionalplanung, um die teileräumlich stark divergierenden Flächenbedarfe von Kommunen mit Leerständen bis zu Städten mit erheblichem Wohnungsbedarf angemessen zu berücksichtigen.

Wir befinden uns auf dem richtigen Weg. Die durchschnittliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche im gleitenden Vierjahresdurchschnitt ist in der vergangenen Legislaturperiode kontinuierlich gesunken – von deutlich über drei ha pro Tag auf nunmehr noch rund 2,6 ha pro Tag. Dennoch haben wir das Ziel noch nicht erreicht.

Wir streben – auch auf Grundlage der gemeinsam mit Landwirtschaftsverbänden und Naturschutzverbänden getroffenen Kooperationsvereinbarung – an, dass in den kommenden Jahren die Inanspruchnahme durch neue Siedlungs- und Verkehrsflächen kontinuierlich zurückgefahren wird. Das Ziel ist, dass langfristig in der Nettobilanz keine land- und forstwirtschaftliche Fläche mehr verloren geht.

Um das Ziel in Hessen zu erreichen, bedarf es in allen Landesteilen einer konsequenten Umsetzung des Vorrangs der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung sowie der Wiedernutzung von Brachflächen. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet auch das digitale Potenzialflächenkataster.

Zur Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Einhaltung des vereinbarten Ziels, maximal 2,5 ha pro Tag an landwirtschaftlicher Fläche zu verbrauchen, wollen wir neben den planungsrechtlichen Vorschriften zudem mit dem landwirtschaftlichen Berufsstand ein Maßnahmenbündel vereinbaren. Das bedeutet:

- Das Prinzip der Innenentwicklung wollen wir stärken.
- Wir wollen den Flächenverbrauch durch einen naturschutzrechtlichen Ausgleich, durch einen wirkungsvollen Ökopunktehandel und eine Fokussierung auf produktionsintegrierte Ersatzmaßnahmen und Ersatzgeld drastisch reduzieren.

- Die Flächenschonklausel des Bundesnaturschutzgesetzes werden wir strikt anwenden.
- Wir setzen uns dafür ein, das Schutzgut Fläche in den Abwägungskatalog des Baugesetzbuches aufzunehmen.
- Ersatzaufforstungen auf landwirtschaftlichen Flächen wollen wir nicht länger zulassen. Für Rodungen aus naturschutzfachlichen Gründen wird künftig keine Ersatzaufforstung nötig sein.
- Naturschutzrechtliche Restriktionen der landwirtschaftlichen Produktion werden abgebaut.
- Auf Bundesebene werden wir darauf hinwirken, dass Brachflächen in Deutschland für den Anbau aller landwirtschaftlichen Kulturen zeitweise freigegeben werden.
- Die Stilllegung von Ackerflächen im Rahmen der europäischen Agrarförderung muss ausgesetzt werden.
- Wir wollen durch klare Vorgaben und eine Förderung der Differenzkosten die Nutzung von Agri-PV-Anlagen statt Freiflächenphotovoltaik zur Regel machen. Dabei wollen wir auch erreichen, dass die Erträge gerecht zwischen Eigentümer und landwirtschaftlichem Pächter aufgeteilt werden.
- Die rechtlichen Möglichkeiten des Grundstücksverkehrsgesetzes wollen wir nutzen, um den Entzug landwirtschaftlicher Flächen aus der praktischen Bewirtschaftung zu begrenzen. Hierfür wollen wir eine Clearingstelle schaffen.
- Für unabwendbare Flächeninanspruchnahme braucht es sachgerechte Entschädigungsregeln und einen echten Erschwernisausgleich.

14. Wird sich Ihre Partei für die Einführung von Gemeinwohlkriterien bei der Verpachtung landeseigener Flächen einsetzen?

Die Bewirtschaftung von Flächen im Landeseigentum hat eine gewisse Vorbildwirkung, der wir gerecht werden wollen. Rahmenbedingungen, die man den Land- und Forstwirten vorschreibt, müssen auf eigenen Flächen

vorbildhaft umgesetzt werden. Deshalb ist bei der Verpachtung landeseigener Flächen ein besonderer Wert darauf zu legen, dass die Bewirtschaftung vorbildlich nach dem anerkannten Stand der Technik erfolgt.